

Privatisieren als Allheilmittel

Interview mit Alexandra Willer. Personalratsvorsitzende und stellvertretende ver.di-Vertrauensleutesprecherin am Uniklinikum Essen

Das Uniklinikum Essen (UK) ist ein Frauenbetrieb. Allein ohne den überwiegend von Frauen ausgeübten Bereich der Pflegeberufe sind ca. 70% der Beschäftigten Frauen. Das UK ist ein Betrieb in öffentlicher Hand. Davon gibt es im Gesundheitswesen nicht mehr sehr viele. Sind das beides Gründe, warum das UK in den letzten Jahren ständig mit Negativschlagzeilen in den Medien war? 16 Wochen Streik für einen Tarifvertrag mit Millionen Verlusten für das UK. Leiharbeit wie bei Schlecker. Ständige Ausgründungen von Tochtergesellschaften usw.

Ja, es hat mit den beiden oben genannten Gründen zu tun – und auch wieder nicht. Natürlich stehen Krankenhäuser seit einigen Jahren besonders unter Sparzwang. Aber so argumentieren Unternehmer in der Metallwirtschaft auch. Natürlich denken Arbeitgeber, dass es einfacher ist meist teilzeitbeschäftigte Frauen in so genannten „helfenden Berufen“ unter Druck zu setzen, als Metallarbeiter. Aber der Ausgründungswahn im öffentlichen Dienst hat in den letzten Jahren ein besonderes Maß angenommen. Wenn nicht gleich das ganze Krankenhaus privatisiert wird (wie bei Röhn, Helios und Sana in

diesem Ausmaß in anderen europäischen Ländern nicht bekannt), dann werden mindestens die Wäscherei, die Küche und der Reinigungsdienst in private Tochtergesellschaften ausgegründet. Natürlich zu deutlich schlechteren Tarifbedingungen, wenn überhaupt ein Tarifvertrag gilt. Und diese Bereiche sind nunmal traditionell Arbeitsbereiche für Frauen.

Im UK sind alle diese oben genannten Bereiche in den letzten 15 Jahren privatisiert worden. Die Abwehraiseinandersetzungen waren wie so oft von der Teile-und-Herrsche-Taktik der Arbeitgeber unterhöhlt. Diejenigen, die momentan mit gutem Einkommen beim UK arbeiten, sollten das auch weiterhin tun. Nur die „Neuen“ FORTSETZUNG SEITE 2



KLEIDER MACHEN LEUTE - LEUTE MACHEN KLEIDER

Politisches Programm des DKP-Frauenarbeitskreises zum Internationalen Frauentag. Mit Musik und Texten

Beim diesjährigen Programm des DKP-Frauenarbeitskreises zum **Internationalen Frauentag 2012** dreht sich alles um Kleidung, insbesondere um Hosen.

Unter welchen Bedingungen werden Jeans produziert? Von der Baumwolle

bis zum Altkleidersack wird der Werdegang einer Blue Jeans dokumentiert. Mit welchen modischen Finessen wurden und werden Frauen zur Hand-

lungsunfähigkeit verdammt? Es werden vergnügliche Blicke gewährt vom Korsett bis zum Mini-Rock.

Wer waren die mutigen Frauen, die sich mit dem Tragen von Hosen dem Hohn und Spott ihrer Mitmenschen ausgesetzt haben? Eine schwungvolle Modenschau gibt Auskunft darüber

Sonntag 4. März 2012, um 12.00 Uhr (Einlass 11.30Uhr), Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt -Allee 100, für 5 Euro, erm. 3 Euro

Internationaler Frauentag



Frauenrechte: Immer erkämpft – nie geschenkt.

Glasfaser – Mauschelei schadet der Stadt

2009 warnte die DKP im Rat der Stadt vor unseriösen Planungen und Partnern bei der Gründung der Firma essen.net. Bereits 2011 sollte diese Firma über 700.000 Euro Gewinn durch die Verlegung von Glasfaser im Stadtgebiet erwirtschaften. Patrik Köbele, damals für die DKP im Rat: „Die Planungen sind unrealistisch und widersprüchlich.“ Damals wurde gar versucht ihn mit einer Unterlassungserklärung zum Schweigen zu bringen, vergebens. Heute pfeifen es die Spatzen von den Dächern. Die Planungen gingen schief, weitere städtische Gelder sollen fließen und wieder mal hat's keiner kontrolliert, nicht der Rat, nicht der Aufsichtsrat – Ratsbezüge und Aufsichtsratsgelder fließen ja trotzdem.

www.unsere-zeit.de

Uniklinikum unter Druck setzen

Arbeitsverträge für Pflegepersonal gefordert

Das Uniklinikum steht wieder einmal wegen den dort vorherrschenden Arbeitsverträgen in der Kritik. Und das zu Recht. Das Pflegepersonal wird seit mehreren Jahren ausschließlich über eine Mitgliedschaft in der DRK-Schwesternschaft Essen beschäftigt. Die Schwesternschaft übernimmt über einen „Gestellungsvertrag“ die Aufgabe die Beschäftigten für den Pflegebereich auszusuchen und sie dann, als Mitglied der DRK mit Vereinsstatut statt Arbeitsvertrag, an das Uniklinikum auszuleihen.

Seit Jahren schon wehren sich das Pflegepersonal und ihr Personalrat gegen diese mittelalterlichen Arbeitsverhältnisse. Die Oberin der DRK-Schwesternschaft Essen erklärt in der NRZ (22.12.11.) warum diese Form der prekären Beschäftigung für das Uniklinikum zukunftsweisend ist: denn durch den Status als privater Verein, entfallen sämtliche demokratischen Arbeitsrechte: „Störungen im Betrieb werden vermieden.“ Da die Vereinsmitglieder über keinen Arbeitsvertrag verfügen, sind sie in ihrer Koalitionsfreiheit eingeschränkt. Perfekt für jeden Arbeitgeber, denn damit fallen

auch Streikrecht und Tarifrecht weg. Im Dezember kochte der Streit um die Arbeitsrechte hoch. Im Zentrum der Kritik stand dabei das Uniklinikum, weil es nämlich ein öffentlicher Arbeitgeber ist. Auch an der Uniklinikums-Tochter Ruhrlandklinik will die DRK-Schwesternschaft offensichtlich bei Neueinstellungen die Arbeitsverträge durch die Vereinssatzung des DRK ersetzen. Doch auch hier wehrt sich der Betriebsrat gegen die Entmündigung der Beschäftigten und fordert die Aussetzung des Gestellungsvertrages. „Wir wollen Mitarbeiter mit Arbeitsverträgen und Tarifbindung“, so der Betriebsratsvorsitzende der Ruhrlandklinik. Der Verwaltungsrat des UKE reagiert auf den öffentlichen Druck und wird nach bisherigen Informationen zumindest die Wahlfreiheit für das Pflegepersonal wieder einführen. Das immerhin wäre für die Beschäftigten und ihren Personalrat ein Teilerfolg im Kampf gegen Leiharbeit und Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten. Die Versuche, Pflegekräfte gegen einander auszuspielen, Löhne zu senken, und andere Formen von Leiharbeit auszuweiten, werden am UKE anhalten – der Widerstand dagegen auch.

FORTSETZUNG

... Privatisieren als Allheilmittel

wurden in die Tochtergesellschaften zu schlechteren Bedingungen eingestellt. Die Bereitschaft, sich für die Neuen als nichtbetroffener Altbeschäftigter einzusetzen, ist natürlich schwerer herzustellen, als wenn es um den eigenen Geldbeutel geht.

Aber gerade im UK haben die ver.di-Vertrauensleute immer gegen diese Taktik angehalten. Es war uns wichtig den Altbeschäftigten aufzuzeigen, dass die Neuen eine Auseinandersetzung um ihre Tarifbedingungen nur schwer alleine schaffen würden. Wir wissen, dass Solidarität untereinander nicht aufrechen-

bar sein muss. Trotzdem verfiel auch bei den Altbeschäftigten irgendwann der Gedanke, dass ungerechte und schlechte, sowie schlecht bezahlte Arbeitsbedingungen auch auf sie zurück schlagen könnten, wenn es immer weniger Altbeschäftigte geben wird. Mit dem Wissen wurde am UK nach 16 Wochen Dauerstreik der Tarifvertrag der Länder durchgesetzt und nach fast sechs Jahren Dauerauseinandersetzung die hauseigene Leiharbeitsfirma abgeschafft und fast 300 Kolleginnen und Kollegen in das UK zu regulären Tarifbedingungen überführt.



Leiharbeit spaltet die Belegschaft

Wenn man zu den wenigen Glücklichen gehört, die trotz der 300.000 fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätze, eine Ausbildung bekommen haben, ist die Katze im Sack... Und danach? Eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung ist unwahrscheinlich. Aber so von einem befristeten Vertrag in den nächsten zu schlendern ist ja immerhin noch besser als - wie ein Großteil der jungen Erwachsenen - in Maßnahmen oder halt in der Arbeitslosigkeit zu landen. Schade nur, dass die Kapitalisten einen neuen Trend für sich entdeckt haben, wie sie ausgelernete Arbeitskräfte möglichst billig und einfach halten können: Wunderwaffe Leiharbeit!

Jugendliche besonders betroffen

Die Zahlen sprechen für sich. Schon 42,5% aller neugeschaffenen Stellen sind Zeitarbeit. Besonders hart trifft Leiharbeit Jugendliche. Von den knapp 1 Mio. LeiharbeiterInnen in der BRD ist mehr als die Hälfte unter 36. Gleichzeitig beziehen fast 40 % der unter 30-jährigen in Vollzeitbeschäftigung ihr Geld von einer Zeitarbeitsfirma. Tendenz steigend. Bei offiziell 11 % Jugendarbeitslosigkeit ist man natürlich froh, überhaupt einen Job zu haben, aber was ist denn das für eine „Arbeit“, in der man nicht sicher planen kann? Wie viel Geld habe ich am Ende des Monats? Wo arbeite ich nächste Woche? Welchen Stundenlohn bekomme ich wohl diesmal? Dass das keine Umstände sind, die wir als gutes Arbeitsverhältnis bezeichnen würden, ist klar.

Zusammentun für ein Verbot von Leiharbeit

Allerdings führt Leiharbeit nicht nur zur Verunsicherung des Einzelnen. Die gesamte Arbeiterklasse wird in zwei Teile gespalten: Die „Normalen“ und die „Zeitis“. ZeitarbeiterInnen



bekommen im Durchschnitt 30 % weniger Lohn als die Festangestellten. Sie können jederzeit aus dem Betrieb fliegen. In der Hoffnung, bei „guter Führung“ in den Betrieb übernommen zu werden, lassen sich viele jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gefallen. Tatsächlich übernommen werden aber nur 5 %. Auch die Festangestellten trauen sich unter dem Druck der Leiharbeit nicht, sich zu wehren. Leiharbeit schwächt also die Kampfkraft der ganzen Belegschaft.

Wir als Arbeiterjugend sagen: So kann es nicht weitergehen. Wir setzen uns gegen Leiharbeit zur Wehr. Wir verlangen gleiche Rechte für alle. Wir wollen uns nicht weiter spalten lassen. Schluss mit Leiharbeit und prekären Beschäftigungen. Festanstellung bei Tariflohn für alle. Übernahme statt Leiharbeit heißt die Devise! Tun wir uns zusammen, denn nur gemeinsam können wir den Kapitalisten Feuer unterm Hintern machen. Das Kapital schlägt zu, wir schlagen zurück! Für ein Verbot von Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und Vorherrschaft des Kapitals!



Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend [SDAJ] Essen

www.sdaj-essen.de

Bürger schützt Eure Bibliotheken

Offensichtlich droht die nächste Runde der Schließung von Stadtteilbibliotheken. Der Vorstoß kommt, mal wieder, von der CDU-(Un)kultur-Frau Susanne Asche. Es geht eben nicht darum, Bücher und andere Medien nahe an die Menschen zu bringen, es geht ums Sparen. Aber man kann aus der Vergangenheit lernen. Im Stadtteil Stoppenberg war bei der letzten Runde eine Bürgerinitiative aktiv, Jugendliche aus der mit der DKP befreundeten Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) besetzten die von Schließung bedrohte Stadtteilbibliothek. Sie existiert heute noch.



UZ Woche für Woche antifaschistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo, (bzw. mit einer Spende in Höhe von..... Euro.)

Name _____
 Vorname _____
 Telefon _____ Alter _____
 Straße _____
 PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
 Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de



»Schlecker«

Ein Musterbeispiel für das Versagen des Kapitalismus

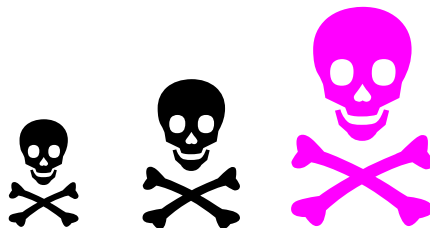
Die DKP Essen solidarisiert sich mit den beschäftigten Kolleginnen und protestiert gegen die drohende Vernichtung der Arbeitsplätze. Knapp 40 Filialen gibt es in Essen. Mitte/Ende Januar ging die Pleite-Meldung durch die Presse: Für die insgesamt rund 7.000 Filialen wird Insolvenz angemeldet. 30.000 Arbeitsplätze sind gefährdet.

Schlecker machte viele Fehler. Das Image des Unternehmens war ramponiert: Alle Kunden wussten: "Billig" geht hier auf die Knochen der beschäftigten Frauen. Erst 1996 wurden Betriebsräte zugelassen. 1998 gab es Bewährungsstrafen für Anton und Christa Schlecker. Grund: Verstoß gegen den Manteltarifvertrag. Zwei Millionen D-Mark mussten für gemeinnützige Zwecke gezahlt werden.

Höhepunkt: Schlecker bat die eigenen Beschäftigten um finanzielle Opfer. Vom "manager magazin" wurde das Vermögen der Familie allerdings im vergangenen Jahr auf 1,95 Milliarden Euro geschätzt. Noch 2010 machte Schlecker einen Umsatz von etwa 6,5 Milliarden Euro und nannte sich mit den damals 11.000 Filialen „Deutschlands größte Drogerie-

marktkette". Schlecker ist für die DKP ein Musterbeispiel für die Unfähigkeit und das Versagen des Kapitalismus: Auf Teufel komm raus immer mehr Profit. Und das zum Schaden der Beschäftigten. Schlecker ist nicht das einzige Unternehmen, das so handelt. Wirksame Verbote gegen solche Unternehmerwillkür wird es im Kapitalismus nicht geben. Deshalb ist der Sozialismus unser Ziel.

Die Beschäftigten bei Schlecker müssen damit rechnen, dass sie keinen Lohn bekommen, sondern Insolvenz-Ausfallgeld. Begrenzt auf drei Monate. Das Geld kommt von der "Agentur für Arbeit". Den Antrag müssen die Beschäftigten stellen. Dabei sind Fristen zu beachten. Die DKP empfiehlt in diesem Fall unbedingt den Kontakt zur Gewerkschaft ver.di aufzunehmen.



A52 – der Zombie

Offensichtlich zählt sie zu den Untoten. Kaum scheint sie in Essen tot, haucht ihr eine Ratsmehrheit von CDU, SPD und Grünen (!) in Gladbeck wieder Leben ein. Mit einem kurzen Tunnelstück sollen die Gladbecker Bürger genauso hinters Licht geführt werden, wie die Menschen in Stuttgart durch die Schlichtung bei Stuttgart 21. Wenn das gelingt, erhöht das den Verkehr nach Essen. Man kann sicher sein, die Autobahnfreunde in der IHK, von CDU bis SPD stehen dann auch in Essen wieder bereit diese Schneise durch unsere Stadt zu schlagen. Und das wird es werden, nach neuesten Plänen lässt sich das Altenessener Teilstück (von Vogelheimer bis Pielsticker Str.) nicht als bergmännischer Tunnel verwirklichen, sondern bestenfalls in offener Tunnelbauweise. Das aber würde diesen Teil Altenessens tatsächlich in Schutt und Asche legen. Die Bürgerinitiative in Essen, in der die DKP, Essener Grüne, Christen und parteilose seit Jahren gemeinsam kämpfen, wird die Gladbecker Autobahngegner unterstützen, aus Solidarität, aber auch um den Essener Zombie A52 endlich zu beerdigen.

Bürger schützt Eure Bürgerämter

Bürgerämter, sicher man braucht sie nicht jeden Tag und das ist das Hauptargument der Befürworter des Kahl-schlags. Komisch aber, ohne Wartezeiten kommt man nie in die Bürgerämter, sie sind also ganz offensichtlich ausgelastet. Das wird mit weniger Bürgerämtern ja nicht besser werden, nur die Wege werden weiter. Fazit: Menschen ohne Auto, ältere Menschen, Menschen mit Mobilitätsproblemen sind offensichtlich egal.



- ★ das rotlicht im abo
- ★ eingeladen werden
- ★ mitmachen
- ★ UZ – Zeitung der DKP kennenlernen

| |
|---------------|
| Name, Vorname |
| Strasse |
| Plz, Ort |
| Mailadresse |